

## **Haushaltsrede AfD Fraktion im Märkischen Kreis -2021**

Sehr geehrter Herr Landrat,

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Kreistags,

sehr geehrte Damen und Herren,

in Namen der AfD-Fraktion im Märkischen Kreis darf ich heute stellvertretend für meine Fraktion die Debatte zum Haushalt führen.

Doch zuallererst möchte ich mich ganz herzlich bei dem Beschäftigten des Kreises für die vorbildliche Leistung im vergangenen Jahr inmitten der Corona-Pandemie bedanken.

Mit großem Engagement und fachlicher Kompetenz haben Sie dazu beigetragen, dass die kommunale Daseinsfürsorge konsequent und ununterbrochen fortgeführt werden konnte. Ihnen haben wir unser gut funktionierendes Gemeinwesen zu verdanken. Bei all dem täglichen Stress standen Sie auch uns - der Politik - immer und jederzeit mit Rat und Tat helfend zur Seite.

Nicht zuletzt möchten wir unsere uneingeschränkte Hochachtung und unseren Dank an unsere Helden des Alltags richten. Ohne den unermüdlichen Einsatz unserer Ärzte, von Kranken- und Altenpflegern, Sanitätern, Feuerwehrleuten, Polizisten, Ordnungskräften und vielen weiteren Berufsgruppen, hätten wir der Pandemie nicht so souverän begegnen können.

Der Märkische Kreis sorgte jüngst immer wieder für Schlagzeilen in Bezug auf die lokalen Inzidenzen. Dabei gehörte Iserlohn zu jenen

Städten mit den mit Abstand höchsten Inzidenzwerten. Als Iserlochner verwehre ich mich gegen die primitiven Angriffe einiger Politiker, wonach den Menschen Mitschuld für die Inzidenzwerte gegeben wird. Ein wenig Selbstreflexion würde einigen Politikern gut tun. Wenn Ausbrüche in Krankenhäusern stattfinden, dann sage ich Ihnen: Das ist politisches Versagen, das durch die massiven Einsparungen im Gesundheitssystem noch verstärkt wurde und wir als Kreis nicht mehr auffangen konnten.

Fakt ist, dass die Corona-Krise unsere Gesellschaft stark erschüttert und einer gesamten Generation ihre Lebenszuversicht genommen hat. Die Pandemie hat uns geliebte Personen genommen, Menschen haben ihren langjährigen und als krisenfest geglaubten Arbeitsplatz verloren, Unternehmen mussten den Schritt der Insolvenzanmeldung vollziehen und die Kleinsten müssen herbe Einschnitte in ihrer Bildung hinnehmen. Als dreifacher Familienvater kann ich Ihnen sagen, dass mich eine große Sorge plagt und dabei geht es um die Zukunft unserer Kinder.

Die Ergebnisse der zweiten Befragung der sogenannten COPSY-Studie (Corona und Psyche), die Forscher des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf (UKE) als bundesweit erste und international eine von wenigen Längsschnittstudien ihrer Art durchgeführt und am 10. Februar 2021 veröffentlicht haben, weisen besorgniserregende Entwicklungen bei den Kindern und Jugendlichen nach. Die Lebensqualität und die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen haben sich im Verlauf der Corona-Pandemie in Deutschland weiter verschlechtert. Fast jedes dritte Kind leidet ein knappes Jahr nach Beginn der Pandemie unter psychischen Auffälligkeiten. Sorgen und Ängste haben noch einmal zugenommen, auch depressive Symptome und psychosomatische Beschwerden sind verstärkt zu beobachten. Erneut sind vor allem Kinder und Jugendliche aus sozial schwächeren Verhältnissen oder mit Migrationshintergrund betroffen. 71 Prozent der Befragten in dieser Altersgruppe gaben an, spürbare seelische Belastungen während der

Pandemie zu verspüren. Das Risiko für psychische Auffälligkeiten stieg von rund 18 Prozent vor Corona auf 31 Prozent während der Krise; es dürfte mittlerweile deutlich angestiegen sein.

Ich vermisse in der Kommunalpolitik die notwendige Fürsorge gegenüber Kindern und Eltern. Wo sind Ihre Initiativen und Hilfsangebote für die Schwächsten in unserem Kreis? Im Haushalt habe ich keine entsprechende Positionierung gefunden. Die Politik vernachlässigt auf eine sträfliche Art und Weise die Folgen der Corona-Pandemie und unternimmt nichts zur Abfederung dieser.

Und eins dürfen wir festhalten: Die Corona-Krise geht nicht spurlos am Haushalt 2021 vorüber.

Während sich die Erträge der Einkommenssteueranteile 2020 noch auf ein durchschnittliches Mittel beliefen, werden diese dieses Jahr vermutlich um einige Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr geringer ausfallen. Der Grund hierfür ist zweifelsfrei die anhaltende Verunsicherung der Bevölkerung durch die Politik und die wirtschaftsschädliche Lockdown-Strategie der Kanzlerin. Kurzarbeit und Jobverlust sind die natürliche Konsequenz.

Aber nicht nur die Einkommenssteuer, die eigentlich die letzten Jahre stetig gestiegen ist, wird dieses Jahr vermutlich sinken, sondern auch die Erträge der Gewerbesteuer lassen nichts Gutes erahnen. Diese Erträge werden mit großer Sicherheit auch stark einbrechen.

Eins wird hier sehr deutlich: Die Corona-Krise wird zu einer Wirtschaftskrise, welche unseren Kreis nicht verschonen wird.

Ich gehöre dem Kreistag erst seit einigen Monaten an, werde aber den Eindruck nicht los, dass sich einige Kollegen nicht über die Finanzierbarkeit von Wünschen und Ideen Gedanken machen. Dabei unterstelle ich Ihnen keine Böswilligkeit, doch durchaus Unkenntnis.

Es liegt ja auch nicht in Ihrer Verantwortung. Sie äußern und beschließen Ihre Wünsche. Umsetzen und finanzieren muss es am Schluss der Landrat und die Verwaltung.

Ich bin zum Beispiel sichtlich darüber erschrocken, wie Sie glauben können, Probleme der Zuwanderung über Projekte mit niedlich klingenden Namen lösen zu können.

Wann wollen Sie, Herr Landrat, zum Beispiel einmal die Probleme der EU-Zuwanderung offen thematisieren? Sind Sie sich darüber im Klaren, welche Herausforderung die EU-Freizügigkeit für unseren Kreis darstellt? Im vergangenen Jahr wurden rund 427,4 Mio. € Kindergeld ins Ausland überwiesen. 2019 waren es noch 397,9 Mio. €. Allein diese Tatsache schafft Anreize zur Einwanderung in unsere Sozialsysteme. Anders als Deutschland traut sich Österreich einen Machtkampf mit dem europäischen Gerichtshof und hat eine Indexierung des Kindergeldes seit 2019 beschlossen.

Für bestandskräftige Ausweisentscheidung im Zusammenhang der mangelnden Integration, aber auch weitergehend in Bezug auf Rechtsmissbrauch, ist den kommunalen Ausländerbehörden der Rücken zu stärken. Innerhalb der ersten fünf Jahre ist eine Abschiebung in das Heimatland möglich, wenn die Arbeitsplatzsuche und Integration von EU-Bürgern aussichtslos erscheinen. Das erloschene Freizügigkeitsrecht kann allerdings wieder aufleben, sofern die dafür nötigen Voraussetzungen wieder vorliegen.

Dieses kann nicht aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit erlassen werden und darf nicht mit einer Wiedereinreisesperre verknüpft werden (Art. 15 Abs. 3 RL 2004/38). Anders als bei Straftaten, dann ist eine Sperre zulässig.

Was verlange ich da von Ihnen?

Ich verlange, dass wir in die Lage kommen, politisch auf die länger bekannten Zuwanderungsprobleme zu reagieren. Ohne Vision und im Namen der „Toleranz“ wird alles hingenommen und bestenfalls durch irgendein Programm gefördert.

Ein besonders umstrittener und gerade in letzter Zeit intensiv diskutierter Aspekt ist dabei die Verhüllung des Kopfs von jungen Mädchen aus muslimischen Elternhäusern bereits in einem Alter, das noch weit unterhalb der gesetzlich festgelegten Altersgrenze der Religionsmündigkeit bzw. dem der biologischen Geschlechtsreife liegt. Während vor gut zwanzig Jahren kaum ein muslimisches junges Mädchen aus Glaubensgründen ein Kopftuch getragen hat, zeigt sich mittlerweile eine starke Veränderung unserer Gesellschaft.

Inzwischen sieht man selbst in den Grundschulen Mädchen mit einem Kopftuch bekleidet, wodurch sie ihre Sittsamkeit gegenüber der Öffentlichkeit zum Ausdruck bringen sollen. Dieses Phänomen ist ein sichtbarer Beweis dafür, dass eine fundamentalistische muslimische Community durch Selbstaussgrenzung eine gezielte Provokation gegenüber staatlicher Hoheit ausübt.

Als Vater sage ich: Das Kopftuch sexualisiert Mädchen bereits vor der Pubertät und nimmt ihnen so das Recht auf eine unbeschwerte Kindheit und die Selbstbestimmung über ihren Körper. Sie werden dadurch in ihrer Entwicklung zurückgehalten und auf diese Weise des Auslebens altersgerechter Verhaltensweisen beraubt. Daher setzten sich auch renommierte Frauenrechtlerinnen, unter ihnen auch Vertreterinnen von Terre des Femmes, wie Lale Akgün, Seyran Ateş, Necla Kelek und Alice Schwarzer sowie ausgewiesene Experten auf dem Feld des Islam und der Integrationspolitik wie Ahmad Mansour vehement für ein Verbot dieser Praxis zumindest im schulischen Bereich ein. Das gleiche Ziel verfolgt die Frauenrechtsorganisation Terre des Femmes, die dazu am 20. Mai 2017 ein Positionspapier

verabschiedete und im Jahr 2018 eine entsprechende Petition gestartet hat.

Ich erwarte von der Kommunalpolitik, dass sie ein klares Zeichen setzt! Hören Sie endlich auf, fundamentalistische Positionen zu hofieren!

Sehr geehrter Herr Landrat, ich fordere Sie auf, das Wohl unserer Kinder in Ihren Fokus zu rücken und den Kreis als das zu behandeln, was er ist: eine Wiege der Demokratie! Vielen Dank!